

**Beantwortung
der Wahlprüfsteine des AWO-Landesverbandes Sachsen-Anhalt**

Thema Arbeitslosigkeit/Jugend

Nach der Lehre nicht ins Leere

Gibt es aus ihrer Sicht für Sachsen-Anhalt noch ausbaufähige Förderinstrumentarien speziell für Jugendliche in Sachen Ausbildung, Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt, Fortbildung und Qualifizierung? Welche?

Ja. Ausgangspunkt ist nach unserer Auffassung die Entwicklung und Sicherstellung eines sozial gerechten und zukunftsfähigen Bildungssystems. Dies ist eine gemeinsame Aufgabe von Bund, Ländern und Kommunen.

Wir schlagen steuerliche Entlastung für Unternehmen vor, die sich für die Beschäftigung und Ausbildung in Sachsen-Anhalt engagieren.

Darüber hinaus unterstützen wir die Erhebung einer Ausbildungsplatzumlage. Immer mehr Unternehmen ziehen sich aus der Ausbildung zurück. Mit der Ausbildungsplatzumlage könnten ausbildende Unternehmen, die Ausbildungsplätze auf dem ersten Arbeitsmarkt schaffen, unterstützt werden.

Darüber hinaus sehen wir für Sachsen-Anhalt Möglichkeiten einer ausbaufähigen Förderung auf diesem Gebiet mit dem zielgerechteren Einsatz von Mitteln aus dem Europäischen Sozialfonds (ESF). Die Linkspartei.PDS wird alle Initiativen unterstützen, die geeignet sind mehr Ausbildungsplätze im dualen System zu schaffen. Dazu gehören Lehrstellen in Betrieben, in Verbundausbildung und wenn nötig auch in überbetrieblicher Ausbildung. „Ehrenrunden“ und „Warteschleifen“ für Berufsanfänger sollen vermieden werden und bleiben für uns nur eine Notlösung.

Besonders der Berufseinstieg ist für viele, die erfolgreich eine Ausbildung abgeschlossen haben, eine hohe Hürde. Wir wollen Kooperationsmodelle unterstützen, in denen mehrere kleine Unternehmen Netzwerke bilden und einen Pool von Arbeitskräften finanzieren. Die Linkspartei.PDS hat mit ihrem Konzept „JINA – Jugend in Arbeit“ unter anderem vorgeschlagen Programme wie „Enterprise“ als Existenzgründungsoffensive oder „Jugend baut auf“ aufzulegen oder fortzuführen.

In erster Linie geht es uns um reguläre Ausbildungen oder sozialversicherungspflichtige Arbeit. Sie haben eindeutig Vorrang bei der beruflichen Integration.

Ergänzend zu den bisherigen Bund-Länder-Programmen sollen landes-spezifische Fördermaßnahmen im Zusammenwirken mit Jugendhilfeträgern und Sozialämtern, der Wirtschaft, Arbeitsagenturen, den Kammern und sozialen Einrichtungen für den Einstieg in den Beruf auf den Weg gebracht werden. Das betrifft sowohl die Bereitstellung von Ausbildungsplätzen als auch den Übergang ins Berufsleben nach der Ausbildung. Für Jugendliche mit Benachteiligungen wollen wir eine kooperative Förderstruktur in der Jugendberufshilfe als Modellversuch einrichten. Benachteiligten Jugendlichen muss die Suche nach Hilfen erleichtert werden. Wir können uns vorstellen, dass solche Angebote in allen Kreisen durch kommunale oder freie Träger mobil oder in Jugendberatungsstellen gemacht werden.

Wie soll der gesetzlich formulierte Anspruch von Fordern und Fördern in der Praxis durchgesetzt werden? Halten Sie Sonderregelungen für Sachsen-Anhalt für notwendig, damit sich nicht nur auf das Fordern beschränkt wird?

Sonderregelungen für Sachsen-Anhalt wären wünschenswert und sind nach unserer Meinung möglich. Wir fordern, dass Langzeitarbeitslose das Geld, das sie als ALG II plus Kosten der Unterkunft und als Zuverdienst aus „Ein-Euro-Jobs“ in der Tasche haben, als Nettolohn, also im Arbeitnehmerstatus mit Arbeitsvertrag, ausgezahlt bekommen – ohne die Zwänge und Demütigungen, die ihnen bei ALG II und Ein-Euro-Jobs zugemutet werden. Kommen ein Teil des durch ein gerechteres Steuersystem, etwa durch Wiedererhebung der Vermögensteuer, erzielbaren Steueraufkommens und Gelder aus vorhandenen Förderfonds von Ländern, Bund und Europäischer Union dazu, dann treten an die Stelle

von Arbeitslosigkeit und Ein-Euro-Jobs reguläre, sozialversicherungspflichtige Arbeitsplätze. Solche Arbeitsplätze sollen zusätzlich dort entstehen, wo für die Privatwirtschaft Dienstleistungen für Einzelne oder für das Gemeinwesen nicht rentabel sind. Das ist möglich außerhalb des Wettbewerbs mit Privatunternehmen durch einen Einstieg in öffentlich geförderte gemeinnützige Beschäftigungssektoren zwischen Privatwirtschaft und Staat, für die die spezifischen Bedingungen tariflich auszuhandeln sind.

Arbeitsplätze in gemeinnützigen Beschäftigungssektoren sollen in regionaler Verantwortung unter Einbeziehung von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in transparenten Verfahren eingerichtet werden.

Ein Abbau regulärer Beschäftigung im öffentlichen Sektor und eine Beeinträchtigung der Privatwirtschaft muss vermieden werden.

Das Recht von Jugendlichen unter 25 Jahren auf Arbeitsförderung und Job-Angebote an arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger sind zu sichern. Jugendliche haben ein Recht auf Ausbildung. Den Zwang zur Annahme jeglicher Jobs lehnen wir ab.

Wir fordern einen gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto im Monat bzw. 8 € Pro Stunde. Das bringt nicht „das Paradies auf Erden“, aber es wird damit ein Weg aus sozialer Ausgrenzung eröffnet und andererseits eine Sicherung gegen sozialen Abstieg errichtet. Dies sind Gebote der Achtung der Menschenwürde und ein wirtschaftspolitisch vernünftiger Beitrag zur Steigerung der Binnennachfrage und damit der Absatzchancen kleiner und mittlerer Unternehmen. In Wirtschaftsbereichen, in denen die niedrigsten tariflichen Lohngruppen oberhalb dieses Mindestlohns liegen, sollen die Tarifverträge leichter für allgemein verbindlich erklärt werden können. Ein Entsendegesetz muss allen Branchen vorschreiben, dass für Lohnzahlung und Arbeitsbedingungen die Standards des Arbeitsortes gelten.

Ist es aus ihrer Sicht gerechtfertigt, das Jugendlichen die Bezüge gekürzt werden, wenn sie Arbeitsgelegenheiten ablehnen? Sind Sanktionen gerechtfertigt, auch wenn gar keine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich ist?

Die Linkspartei.PDS bemängelt den, trotz definiertem Rechtsanspruch, mangelhaften jugendzentrierten Ansatz des SGB II und teilt damit die Kritik von Wohlfahrtsverbänden und Trägern der Kinder- und Jugendhilfe. Bei der jugendlichen Klientel, die von Hartz IV betroffen ist, handelt es sich zumeist um sogenannte benachteiligte Jugendliche, die oft Drogen-, Sucht- und auch Gewalterfahrungen mitbringen. Die Ablehnung von Arbeitsgelegenheiten kann also komplexere Gründe haben, Sanktionen sind keinesfalls sozialpädagogisch immer gerechtfertigt und auch vor dem Hintergrund geringer Integrationschancen wenig sinnvoll. Vor diesem Hintergrund wird sich die Linkspartei.PDS für eine wesentlich intensivere Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und den ArGen bzw. Optionskommunen einsetzen.

Arbeitslos – Wohnungslos – Hoffnungslos?

Halten sie Härtefallregelungen bei den Mietobergrenzen für notwendig? Was sollte getan werden, um Zwangsumzüge zu vermeiden?

Die Linkspartei.PDS geht grundsätzlich davon aus, die Wohnungsfrage im Sinne der Hartz-IV-Betroffenen zu klären. Es geht uns um sinnvolle, sozial gerechte Regelungen, die sich das Land und die Kommunen leisten können. Es müssen Regelungen geschaffen werden, die es Arbeitslosen ermöglichen in ihrem gewohnten sozialen Umfeld zu bleiben und sich auf Arbeitssuche begeben zu können, statt auf die Suche nach einer neuen Wohnung. Dazu gehören unserer Ansicht auch Härtefallregelungen bei den Mietobergrenzen.

Zwangsumzüge führen zu einer sozialen Entmischung unserer Städte und bedeuten eine unzumutbare Härte für die Betroffenen. Deshalb lehnen wir sie grundsätzlich ab und wirken in den Kommunen darauf hin, dass es zu solchen Zwangsumzügen möglichst nicht kommt. Wir setzen uns für günstige Regelungen im Sinne der vom SGB II-Betroffenen zur Bemessung des „angemessenen Wohnraums“ ein.

Kann durch Landesausführungsgesetze eine Gleichbehandlung der Hilfebezieher bei der Gewährung von Leistungen erreicht werden?

Ja. Es muss aber von der Bundesregierung und von der Landesregierung und den sie tragenden Parteien politisch gewollt werden.

Das verbessert aber die Situation der ALG II-Empfänger nicht. Der Linkspartei.PDS geht es generell um die Veränderung der Hartz IV-Regelungen im Sinne einer Verbesserung der finanziellen und sozialen Lage der Betroffenen (siehe Antwort zur nächsten Frage).

Halten sie weitere Veränderungen bei den Hartz-IV-Regelungen für nötig und möglich? Welche?

Die Linkspartei.PDS hat die Hartz-Gesetze von Beginn an abgelehnt, dabei spielen vor allem soziale, aber auch wirtschafts- und finanzpolitische Einwände eine Rolle.

Wir halten aber dennoch Veränderungen bei den Hartz-IV-Regelungen für nötig und möglich.

Als kurzfristige Änderungen der Hartz-Gesetze fordern wir u.a. die Vereinheitlichung und die Anhebung des ALG II-Regelsatzes auf mindestens 420 Euro in Ost und West, die Entschärfung der Zumutbarkeitsregelungen, die Aufhebung der Pflicht zum Abbau von Ersparnissen aus einem langen Arbeitsleben, die Verbesserung der Zugverdienstmöglichkeiten, keine Anrechnung des Kindergeldes bei Bezieherinnen und Beziehern von Arbeitslosengeld und Sozialhilfe, die Erhöhung des anrechnungsfreien Betrages für Lohneinkommen von Partnern/innen auf mindestens 1.000 €, die Gewährung des Krankenversicherungsschutzes für alle und eine verlängerte Bezugsdauer des ALG I.

Ist das Instrumentarium der ALG-II-Empfänger aus ihrer Sicht so ausbaufähig, dass daraus in reguläre Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden kann?

Unsere längerfristige Alternative ist die Umwandlung der Ein-Euro-Jobs in reguläre Jobs durch Einsatz der Mittel des ALG II, der Kosten für Unterkunft und der sog. Mehraufwandsentschädigung.

Da im sozialen, kulturellen und ökologischen, kurz im Non-profit-Bereich, großer Handlungsbedarf besteht, erneuert die Linkspartei.PDS ihre Forderung nach dem Aufbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors (ÖBS) mit regulären, tariflich entlohnerten Arbeitsverhältnissen. Die Kosten für den ÖBS liegen niedriger als die dauerhafte Finanzierung der Massenarbeitslosigkeit.

Thema Familie/Armut

Kinder, Kinder...

Welche Lösungsvorschläge bieten Sie an, damit wir nicht ein Land mit immer weniger Kindern werden und nicht immer mehr Menschen Sachsen-Anhalt verlassen? Welche materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen und Anreize sind Sie bereit dafür zu schaffen?

Generell ist das gesellschaftliche Umfeld kinder-, jugend- und familienfreundlicher zu gestalten. Dazu sind auch entsprechende finanzielle Mittel zu erhalten bzw. bereitzustellen. Die Linkspartei.PDS setzt sich für ein neues Kindertagesstättengesetz ein, in dem der Ganztagsanspruch für alle Kinder, unabhängig vom Erwerbsstatus der Eltern, ebenso wie der Bildungsauftrag geregelt sind.

Perspektivisch streben wir den kostenfreien Besuch von Kindertagesstätten an. Damit tritt die Linkspartei. PDS für gleiche Bildungschancen aller Kinder von Anfang an ein. Ebenso ist eine gute Infrastruktur für Betreuung, Bildung und Erziehung wichtig, um Familie und Beruf besser vereinbaren zu können. Die Linkspartei.PDS hat mit den Konzepten einer kommunalen Sozialpauschale und eines kommunalen Familienpasses Modelle entwickelt, die es ohne großen bürokratischen Aufwand ermöglichen, den Kommunen für eigene, lebensraumbezogene und wohnortnahe familienpolitische Aktivitäten finanzielle Mittel zur Verfügung zu stellen.

Darüber hinaus lehnt die Linkspartei.PDS eine Reduzierung der Ausbildungsvergütung für Lehrlinge ab.

Welchen Stellenwert räumen Sie der Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen für sozial Schwache ein? Halten Sie die bisher gewährten finanziellen Mittel für ausreichend?

Die Linkspartei.PDS räumt der Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen einen hohen Stellenwert ein, da solche Angebote für Lebenshilfen in Krisensituationen in zunehmendem Maße gebraucht werden. In Form einer kommunalen Sozialpauschale wollen wir die Gelder, die das Land für die Förderung von Beratungsstellen bereitstellt, bündeln und an die Kommunen übergeben. Das Angebot an sozialen Dienstleistungen kann so schnell und flexibel, am Bedarf orientiert, gestaltet werden. Um Vernetzungs- und Synergieeffekte zu nutzen, um die Beratung ganzheitlich und bürgerfreundlich zu gestalten, streben wir dabei die Schaffung von integrierten Beratungsstellen an.

Das Landesbündnis für Familien – was bringt es aus Ihrer Sicht jeder Familie konkret?

Die Gründung des Landesbündnisses, ebenso wie die der lokalen Bündnisse für Familien, ist grundsätzlich zu begrüßen. So können Partner gefunden und Netzwerke gebildet werden. Die Linkspartei.PDS schätzt den Wirkungsgrad des Landesbündnisses hinsichtlich spürbarer Verbesserungen für Familien jedoch ebenso skeptisch ein, wie das Familienfördergesetz und den darin genannten Landesfamilienpass. Der Landesfamilienpass hatte Ende des Jahres 2005 lediglich 2.000 Familien erreicht. Es ist aus Sicht der Linkspartei.PDS wenig zielführend, familienpolitische Maßnahmen, die Breitenwirkung entfalten sollen, auf Landesebene anzusiedeln. Aus unserer Sicht ist neben der Schaffung und Aufrechterhaltung von kulturellen und sozialen Angeboten vor allem lebenspraktische Hilfe für Familien mit geringeren Einkommen gefragt. Diese Hilfen können nur vor Ort geleistet werden. Unser Modell des landeseitig finanziell unterstützten kommunalen Familienpasses trägt diesem Umstand Rechnung.

Was wird unternommen bzw. sollte unternommen werden, um den Bedarf, die Wünsche und Interessen von Familien zu erfahren?

Die Linkspartei.PDS hält die familienorientierte Sozialforschung für eine geeignete Form, um Bedarfe, Wünsche und Interessen von Familien angemessen zu erfassen. Schnittstellen zwischen Familienforschung und den Datengrundlagen der Jugendhilfeplanung im Land sollten im Sinne einer umfassenderen Bedarfsermittlung stärker genutzt werden. Den Familien selbst wie auch den in der Praxis tätigen sozialen Diensten und Einrichtungen, die in der Regel den tatsächlichen Bedarfen und Problemen von Familien viel näher sind, muss in den Verwaltungen sowie in den kommunalen Parlamenten ebenso wie auf Landesebene mehr Mitsprache eingeräumt werden.

Sehen Sie auch die Betriebe/Unternehmen in der Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Kindern/Familien einzustellen? Wollen Sie Anreize für familienfreundliche Unternehmensstrukturen schaffen und wenn ja, welche?

Die Linkspartei.PDS sieht Betriebe und Unternehmen in der gesellschaftlichen Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Familien und ihren Kindern stärker einzustellen. Der Wirtschaft selbst unterstellen wir ein Interesse an familienfreundlichen Unternehmensstrukturen, da diese die betriebliche Atmosphäre und die Arbeitsmotivation positiv beeinflussen und somit zu Leistungs- und Produktivitätssteigerungen beitragen können. Dies geschieht bisher in ungenügendem Maße. Die Linkspartei.PDS wird sich daher für die Schaffung von Anreizen für familienfreundliche Strukturen im Unternehmen einsetzen. Dazu können die Einrichtung und öffentliche Förderung von Betriebskindergärten, Betriebspatenschaften mit Kindertageseinrichtungen und die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle sowie z.B. Jobsharing zählen. Konkrete Maßnahmen sind dabei nicht nur im Dialog mit der Wirtschaft zu entwickeln, sondern auch gezielt über die Schaffung finanzieller Anreize für Unternehmen herstellbar.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist für die Linkspartei.PDS zentrales Anliegen und Ziel zugleich. Da vor allem Frauen von dieser Problematik betroffen sind, fordern wir auf Bundesebene ein Gesetz zur Gleichstellung von Frauen und Männern in der Privatwirtschaft. Wir brauchen u.a. Gleichstellungsbeauftragte in den Unternehmen, verbindliche Gleichstellungspläne, effektive Quotierungsregelungen, Bindung öffentlicher Aufträge an Chancengleichheit, ein Verbandsklagerecht sowie die Verbesserung der Individualrechte bei Diskriminierung.

Soll die Flexibilität in der Kinderbetreuung so weit gehen, dass Kinder bis 21 Uhr in Einrichtungen betreut werden?

Wie die Familien, so stehen auch die Kindertagesstätten vor dem Anspruch, einer immer flexibler werdenden Arbeitswelt gerecht werden zu müssen. Die „Standard-Arbeitswoche“ von morgens bis spätnachmittags verliert an Bedeutung, variable und atypische Arbeitszeiten nehmen zu. Um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten ist neben der Einführung des Ganztagsanspruches auf Kinderbetreuung für alle Kinder auch eine notwendige Flexibilisierung der Öffnungszeiten von Kindertagesstätten notwendig. Die Linkspartei.PDS sieht deshalb die Tagespflege als Ergänzung zur Kindertagesstätte an. Außerhalb der Kernöffnungszeiten in Abend- oder Nachtzeiten, aber auch an Wochenenden, können Träger von Kindertageseinrichtungen das Angebot der ergänzenden Tagespflege vorhalten, um bei Bedarf flexibel reagieren zu können. Dabei soll das Kindeswohl immer im Vordergrund stehen.

Wissen macht Ah! – Auch für die Kleinsten

Wie sollen Fortbildung, Qualifizierung und fachliche Begleitung der Erzieherinnen seitens des Landes finanziell unterstützt werden?

Um die Qualität der pädagogischen Arbeit in den Kindertagesstätten auf einem hohen Niveau zu garantieren, ist zunächst die verlässliche Finanzierung der Fortbildungsreihen des Landesjugendamtes wichtig. Die Linkspartei.PDS setzt sich für vernünftige Freistellungsregelungen für Erzieherinnen ein, um die erforderlichen Freiräume für Fortbildung, Qualifizierung und für Vor- und Nachbereitungsarbeiten zu schaffen.

Sollen Leiterinnen und Erzieherinnen von Kindereinrichtungen künftig einen Hochschulabschluss haben?

Deutschland ist eines der wenigen Länder, die im europäischen Vergleich keine Hochschulausbildung für pädagogisches Personal in Kindertagesstätten vorhalten. Die Linkspartei.PDS sieht hier Handlungsbedarf und wird sich für eine zukünftige Hochschulausbildung von ErzieherInnen einsetzen.

Sollten Kindertagesstättenplätze künftig für Eltern in Sachsen-Anhalt kostenfrei sein?

Die Linkspartei.PDS setzt sich seit jeher für den kostenlosen Besuch von Kindertagesstätten (ausgenommen den Verpflegungskosten) ein, da Kindertagesstätten Einrichtungen elementarer Bildung sind, auf die jedes Kind einen Anspruch hat, unabhängig vom Geldbeutel der Eltern. Dieses Ziel, das die Linkspartei.PDS vertritt, ist jedoch nur mittel- bis langfristig erreichbar, da Einnahmeausfälle (Elternbeiträge) in Höhe von mindestens 132 Millionen Euro kompensiert werden müssen. Die Linkspartei.PDS wird sich für die Aufbringung dieser zusätzlichen Ausgaben einsetzen. Im Sinne des gesteckten Zieles wird die Linkspartei.PDS auch eine angemessene Beteiligung des Bundes an den Kosten der Kinderbetreuung einfordern.

Wie wird die Chancengleichheit aller Kinder auf Förderung gesichert?

Aus Sicht der Linkspartei.PDS durch einen gesetzlich geregelten Ganztagsanspruch aller Kinder, unabhängig vom Erwerbsstatus ihrer Eltern. Nur auf diesem Wege ist das Herstellen von Chancengerechtigkeit beim Zugang zu frühkindlicher Bildung, Betreuung und Förderung möglich.

Thema Gesundheit/Pflege/Alter

Der Doktor als Notfall – Wo bleibt die Gesundheit?

Kopfpauschale oder Bürgerversicherung? - Wie können die Kosten des GW auf alle Bürger gerecht verteilt werden? Was hält Ihre Partei von einer Bürgerversicherung?

Das gesundheitspolitische Programm der Linkspartei.PDS geht davon aus, den Solidargedanken in der Gesetzlichen Krankenversicherung auszubauen, zumindest jedoch zu stärken. Die über Jahrzehnte

bewährte Finanzierungsstruktur mit dem Prinzip der Beitragserhebung ausschließlich auf Basis der Löhne und Gehälter ist unter den Bedingungen lang anhaltender Massenarbeitslosigkeit sowie eines seit Jahren sinkenden Anteils der Löhne und Gehälter am Bruttoinlandprodukt an ihre finanziellen Grenzen gestoßen. Auch deshalb streben wir mittels einer Bürgerversicherung die Ausweitung der Finanzierungsgrundlage an. Die Lasten sollen solidarischer verteilt werden, auch Abgeordnete, Beamte und FreiberuflerInnen sollen nach unserer Auffassung das gemeinsame Lebensrisiko von Krankheit in einer gesetzlichen Krankenversicherung tragen. Weitere Einkommensarten wie Mieten, Pachten und Zinsen sollen zur Finanzierung beitragen.

Langfristig spricht sich Die Linkspartei. PDS nicht nur für den Erhalt, sondern ebenso für den Ausbau und die Weiterentwicklung der GKV als solidarische Versichertengemeinschaft ohne jegliche Zuzahlungen und für eine Erweiterung um die Mitgliedschaft aller Bundesbürger auf Basis einer allgemeinen Versicherungspflicht aus.

Als weitere Maßnahmen der Gesundheitspolitik strebt die Linkspartei. PDS folgende Schritte an:

- die Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze
- den Verzicht auf private Vollkrankenversicherung; die Aufgabe der PKV soll sich auf private Zusatzversicherungen konzentrieren
- die Wiederherstellung und Aufrechterhaltung der paritätischen Finanzierung der GKV durch Versicherte und Unternehmen

Längerfristig sprechen wir uns für die Einführung des Prinzips einer Wertschöpfungsabgabe aus, um arbeitsintensive Betriebe zu entlasten: Perspektivisch soll durch die Umwandlung des Beitrages der Unternehmen in eine an der Wertschöpfung ausgerichtete Abgabe der Beitrag personalintensiver zu Lasten des Beitrags kapitalintensiver Unternehmen aufwandsneutral gesenkt werden. Das lockert den Druck auf Kosten von Beschäftigung und schafft günstigere Bedingungen für arbeitsintensive kleine und mittlere Unternehmen.

Parallel zur Einführung einer solidarischen Bürgerversicherung will Die Linkspartei. PDS im Interesse sinkender Gesundheitskosten sowie wachsender Qualität in der medizinischen Betreuung notwendige Strukturveränderungen im Gesundheitswesen einleiten.

Welche Spielräume sollen Krankenhäuser erhalten, um sich dem ambulanten Bereich zu öffnen?

Die Einführung der strengen sektoralen Trennung zwischen Krankenhäusern und ambulanten Angeboten Anfang der 90er Jahre halten wir für sehr problematisch. Deshalb finden alle Möglichkeiten, dieser Trennung entgegenzuwirken, unsere Unterstützung. Folgerichtig unterstützt Die Linkspartei. PDS die Einführung von Möglichkeiten (vgl. §140 SGB V) einer Integrierten Gesundheitsversorgung, um eine Zusammenarbeit verschiedener am Gesundheitswesen beteiligter Partner mit dem Ziel zu ermöglichen, sektorale Grenzen und Schnittstellen zu reduzieren, die Qualität der medizinischen Versorgung für den Patienten zu erhöhen und die Kosten der Behandlung zu senken.

Die Linkspartei. PDS unterstützt deshalb die Möglichkeiten der Krankenkassen, ihren Versicherten eine abgestimmte Versorgung anzubieten, bei der Haus- und Fachärzte, Ärzte und nichtärztliche Leistungserbringer, ambulanter und stationärer Bereich sowie gegebenenfalls auch Apotheken eng zusammenwirken. Die Inhalte der Verträge können Krankenhäuser, Ärzte und andere Leistungsanbieter frei gestalten. Die Anschubfinanzierung muss unserer Ansicht nach langfristig angelegt sein, um so eine effektive Zusammenarbeit aufbauen und gewährleisten zu können und einen finanziellen Anreiz zu setzen für Ausbau und Umsetzung einer solchen ambulanten Versorgung innerhalb bestehender Krankenhausstrukturen.

Deshalb sprechen wir uns dafür aus, das finanzielle Budget für die Modelle der Integrierten Versorgung von derzeit 1 Prozent auf ca. 4 bis 5 Prozent anzuheben. Das langfristige Ziel sollte sein, die Trennung zwischen niedergelassenem und stationärem Bereich aufzuheben, nach Möglichkeit, ohne dass die niedergelassenen Ärzte, die bisher Investitionen getätigt haben, dadurch benachteiligt werden.

Es sollen durch eine verbesserte integrierte Versorgung kooperative Versorgungsformen zwischen Krankenhäusern und niedergelassenen Ärzten ausgebaut werden. Deshalb sollten Krankenhäuser wie

niedergelassene Ärzte gleichermaßen die Möglichkeit erhalten, ambulante Betreuung in den Krankenhäusern zu ermöglichen und abrechnen zu können. Das erfordert eine enge Zusammenarbeit und ein angepasstes Abrechnungssystem zwischen Krankenkassen und den einzelnen Sektoren in der Gesundheitsversorgung.

Das Gesundheitsmodernisierungsgesetz (GMG) 2004 sieht die Öffnung der Krankenhäuser für ambulante Betreuung vor, leider nur in unterversorgten Regionen und verbunden mit großen Schwierigkeiten.

Ziel soll auch der Ausbau, der Erhalt und die Nachnutzung bestehender stationärer Kapazitäten und der vorhandenen Medizintechnik sein, um auch hier zu einer sinnvollen Kosteneffizienz zu gelangen.

Kann der Beruf des Allgemeinmediziners attraktiver gemacht werden?

Die Linkspartei.PDS fordert konsequent eine Stärkung der Position des Hausarztes.

Eine Praxisgebühr sollte nur bezahlen, wer einen Facharzt ohne Überweisung aufsucht, Hausarztbesuche sollen grundsätzlich frei von Praxisgebühren bleiben. Das Hausarztprinzip könnte einen wichtigen Beitrag zu mehr Effizienz im Gesundheitswesen leisten. Die Praxisgebühr steht in der Gefahr, den Zugang zum Hausarzt gerade für einkommensschwache Familien zu blockieren und konterkariert dadurch die Stärkung des Allgemeinmediziners. Die Linkspartei.PDS begrüßt deshalb die Hausarztmodelle der Krankenkassen, mit denen eine Befreiung von der Gebühr einhergehen soll. Darüber hinaus geht es uns auch um eine bessere Bewertung der hausärztlichen Leistungen. Die „sprechende“ Medizin muss im Vergleich zur Apparatemedizin einen höheren Stellenwert bekommen.

Die besondere Stellung des Hausarztes muss entsprechend seiner Leistungen besser vergütet werden.

Reicht es, mehr Mobilität bei Ärzten zu fordern?

Es kann nicht nur darum gehen, von den Ärzten mehr Mobilität zu fordern. Vielmehr muss es nach unserer Auffassung darum gehen, die Bedingungen des Einsatzes der Ärzte in strukturschwachen Gebieten mit abnehmender Einwohnerzahl so zu gestalten, dass es einen Arzt dazu bewegt, sich auch in ländlichen Räumen niederzulassen. Dazu gehören vor allem eine stabile Infrastruktur mit Einrichtungen des alltäglichen Bedarfs. Diese umfassen neben Bildungseinrichtungen für die Kinder auch Kindertagesstätten und Betreuungsangebote, aber auch Verkehrsanbindung und Einkaufsmöglichkeiten in unmittelbarer Nähe. ÄrztInnen, die sich nicht zusätzlich mit den alltäglichen Problemen zusätzlich herumschlagen müssen, werden eher bereit sein, ihre Praxis dort zu eröffnen.

Bekommen Polikliniken eine neue Chance und wie?

Die Linkspartei.PDS setzt sich für den Ausbau und die Förderung von Polikliniken als Medizinische Versorgungszentren (MVZ) ein. Diese Einrichtungen sind nach unserer Auffassung das Zukunftsmodell gesundheitlicher Versorgung. Darüber hinaus sprechen wir uns auch für die Wiederbelebung eines Gemeindefacharzt-Systems – in Anlehnung an das Gesundheitssystem in den skandinavischen Ländern - aus. Der drohende Ärztemangel im ländlichen Raum könnte damit entschärft werden. Das würde Kosten vermindern und die Versorgung verbessern.

Wir begrüßen, dass seit der Gesundheitsreform 2004 Medizinische Versorgungszentren in ganz Deutschland zugelassen werden. MVZ sind Einrichtungen für eine fächerübergreifende Zusammenarbeit unterschiedlicher Fachgebiete. Es muss den dort praktizierenden Ärzten ermöglicht werden, gemeinsam Geräte anzuschaffen und durch günstige Verträge niedrige Zinsen vereinbaren zu können. Auch für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer gleichermaßen, sind poliklinische Einrichtungen – auch mit angestellten ÄrztInnen – eine Chance. Dabei ist es unerlässlich, für einen Abbau der Bürokratie bei der Bearbeitung von Anträgen als auch in der allgemeinen Dokumentation zu sorgen. Darüber hinaus muss eine Verbesserung der Versorgungsqualität im Mittelpunkt stehen, für die die ständige fachspezifische Weiterbildung der Mediziner und des Pflegepersonals eine wesentliche Grundlage ist.

Altwerden ist keine Krankheit

Für welche Reformen wollen Sie sich angesichts der drohenden Pleite der Pflegeversicherung auf Bundesebene stark machen?

Die Linkspartei.PDS will auch in der Pflegeversicherung das Prinzip der solidarischen Bürgerversicherung. Die Linkspartei.PDS setzt bei der Pflegeversicherung wie auch in der Renten- und Krankenversicherung auf eine wesentliche Verbreiterung der Einnahmehasis durch Einbeziehung von Selbständigen, Beamten und Politikern in die gesetzliche Versicherung, Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze sowie die Ausweitung der gesetzlichen Versicherung auf alle Einkommensarten.

Zu prüfen ist die Einführung eines Risikoausgleichs zwischen der gesetzlichen und der privaten Pflegeversicherung sowie die Schließung der privaten Pflegeversicherung. Damit würden über 2 Mrd. Euro pro Jahr für die gesetzliche Pflegeversicherung mehr zur Verfügung stehen (jährliche Einnahmen der PKV ca. 3 Mrd. Euro, ca. 600 Mio. Euro Ausgaben für Pflegeleistungen und Verwaltung).

Die Linkspartei.PDS setzt sich dafür ein, den vom Runden Tisch Pflege erarbeiteten Entwurf einer Charta der Rechte hilfe- und pflegebedürftiger Menschen umgehend zu verabschieden und zum Standard in allen Pflegeeinrichtungen zu machen. Wir unterstützen die Schwerpunktsetzung auf ambulante Versorgungsformen und sehen dabei die Notwendigkeit, die Leistungen der medizinischen Behandlungspflege der GKV zuzuordnen, Träger der PV als Reha-Träger anzuerkennen und niedrigschwellige und ergänzende Leistungen sowie Barrierefreiheit verstärkt zu fördern.

Wie wollen Sie sich für die Sicherheit der Renten stark machen?

Die Linkspartei.PDS hält die solidarisch nach dem Umlageprinzip finanzierte GRV für ein bewährtes und zukunftssicheres System für die Mehrheit der Bevölkerung, wenn die Basis der Einnahmen verbreitert wird. Daher setzt sich Die Linkspartei.PDS dafür ein, die solidarische Basis der GRV schrittweise durch die Kombination von Einbeziehung aller Erwerbstätigen in die GRV, Beitragspflicht auf alle Erwerbseinkommen sowie deutlicher Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze zu erweitern. Darüber hinaus soll eine Rente mit Grundbetrag zugunsten von Beziehern niedriger Renten das Armutsrisiko senken. Wer mindestens 30 Jahre der GRV angehört und in dieser Zeit mindestens 15 Entgeltpunkte erarbeitete, soll eine Mindestrente von 800 € erreichen können.

Wie soll die künftige Altenpflegelandschaft aussehen, und wie wollen Sie das selbstbestimmte Wohnen im Alter unterstützen?

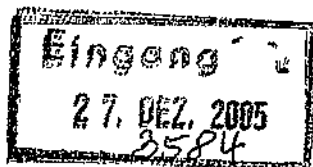
Die Linkspartei.PDS präferiert in der Pflege Formen selbstbestimmten Lebens, um den hilfe- und pflegebedürftigen Menschen so lange wie möglich Unabhängigkeit und Selbständigkeit zu gewährleisten. Dazu bedarf es eines bedarfs- und flächendeckenden Angebotes an Informations- und Beratungsstellen, an Sozialstationen und –diensten in hoher Qualität sowie kompetenter Unterstützung und Assistenzleistungen zur Bewältigung des Alltags. Dazu bedarf es auch einer barrierefreien Gestaltung von Wohnungen und Wohnumfeld, Angeboten von betreutem Wohnen, Wohngruppen bzw. Altenwohngemeinschaften und einer ehrenamtlichen Infrastruktur von Vereinen und Selbsthilfegruppen etc., die pauschale Leistungen für die Organisation einer aktiven Selbsthilfe und zur Integration anbieten.

Die Linkspartei.PDS sieht eine entscheidende Voraussetzung für ein möglichst langes Verbleiben hilfebedürftiger Menschen in ihrem gewohnten Umfeld in einer entsprechenden barrierefreien Gestaltung der Wohnungen und des Wohnumfelds. Deshalb wird sich Die Linkspartei.PDS in der kommenden Legislatur verstärkt der Förderung von Barrierefreiheit im weitesten Sinne und in möglichst allen Bereichen widmen. Gute Chancen zur Umsetzung von Barrierefreiheit sieht Die Linkspartei.PDS im Stadtumbauprogramm.

Welche Konzepte haben Sie beim Stadtumbau?

Vor dem Hintergrund des demografischen Wandels bleibt der Stadtumbau die wichtigste städtebauliche und wohnungspolitische Herausforderung der nächsten Jahre. Die Kommunen müssen bei der Bewältigung dieses sehr stark sozial geprägten Wandels stärker unterstützt werden. Der mit der Agenda 2010 fortgesetzte Sozialabbau mit der Gefahr von Altersarmut muss gestoppt werden. Die Linkspartei.PDS tritt der damit drohenden Verschlechterung der Wohnverhältnisse entgegen. Wir sind für eine bedarfsgerechte öffentliche Wohnungsförderung, um bezahlbare Wohnungen für Familien und ältere Menschen vor allem in den Innenstädten zu erhalten. Soziale Wohnungsvorsorge gehört

deshalb zur öffentlichen Daseinsvorsorge. Um sie zu sichern, wollen wir den Ausverkauf öffentlichen Eigentums an Wohnungen und kommunalen Versorgungsunternehmen verhindern. Vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung und der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung kommt der Anpassung des Wohnungsbestandes zukünftig noch größere Bedeutung zu. Die öffentlichen und genossenschaftlichen Wohnungsunternehmen wollen wir dabei besonders unterstützen, weil sie damit weiterhin ein bezahlbares Angebot an alten- und bedarfsgerechten Familienwohnungen sichern können. Die Linkspartei.PDS in Sachsen-Anhalt wird ihre Bemühungen um eine alten- und behindertengerechte Gestaltung der Umwelt verstärken. Konkrete Maßnahmen richten sich zunächst vor allem auf die Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden. Allerdings werden wir angesichts der demografischen Entwicklung nicht nachlassen, die Wohnungseigentümer immer wieder darauf aufmerksam zu machen, dass immer mehr Mieter entsprechend ihrer biologischen Entwicklung auf barrierefreie Wohnungen und barrierefreies Umfeld angewiesen sind. Dafür ist das Stadtumbauprogramm verstärkt zu nutzen.



Immer die



AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.
Klausenerstraße 17 • 39112 Magdeburg
Postanschrift: PF 3555 • 39010 Magdeburg

Arbeiterwohlfahrt
Landesverband Sachsen-Anhalt e. V.

Die Linkspartei-PDS Sachsen-Anhalt
Landesvorsitzender
Matthias Höhn
Ebendorfer Str. 3
39108 Magdeburg

Ihr Zeichen/Ihr Schreiben vom

Unser Zeichen

Durchwahl

Magdeburg

2116-073/hö-ka

- 131

2005-12-23

AWO Wahlprüfsteine für die Landtagswahl 2006

Sehr geehrter Herr Höhn,

Zeiten des Wahlkampfes sind Zeiten der Positionierung und erhöhten Anteilnahme der Bürger am politischen Geschehen. Nicht nur die Parteien, auch Verbände und Vereine, präsentieren in der Öffentlichkeit ihre Sicht einer Zukunftsvision für die kommende Legislaturperiode.

Die AWO als ein Wohlfahrtsverband mit etwa 6000 Mitgliedern und rund 3800 hauptamtlichen Beschäftigten in landesweit 450 sozialen Einrichtungen nutzt diese Situation, um ihr wesentlich erscheinende Forderungen öffentlich zu formulieren.

Mit den Ihnen in der Anlage beigefügten sozialpolitischen Wahlprüfsteinen fordert die AWO alle demokratischen Parteien auf, Stellung zu beziehen. Wie bereits bei der Landtagswahl 2002 werden wir auch diesmal die uns von Ihnen zugesandten Antworten auf unseren Internetseiten veröffentlichen.

Ihre Stellungnahmen senden Sie bitte an:
AWO Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.
Postfach 35 55
39010 Magdeburg
oder unter Email:
info@AWO-LSA.de

Mit freundlichen Grüßen


Wolfgang Schuth
Geschäftsführer

Postanschrift:
PF 3555
39010 Magdeburg
Klausenerstr. 17
39112 Magdeburg

Tel.: (03 91) 62 79-0
Fax (03 91) 62 79-212
Fax (03 91) 62 79-211 W. Schuth

e-mail: info@AWO-LSA.de
<http://www.AWO-LSA.de>

Bankverbindung:
Bank für Sozialwirtschaft
Magdeburg
BLZ 810 205 00
Kto.-Nr. 6417 000

Wahlprüfsteine der AWO Sachsen-Anhalt

Thema Arbeitslosigkeit/Jugend

Nach der Lehre nicht ins Leere

In Sachsen-Anhalt ist fast jeder fünfte Jugendliche unter 25 Jahren ohne Job. Bundesweit finden immer weniger junge Menschen nach der Ausbildung einen Arbeitsplatz. Der geförderte Arbeitsmarkt wächst, doch der erste bleibt dicht. Jobcenter schicken Tausende in Ein-Euro-Dienste, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Trainingskurse und stoßen dann an Grenzen. Es kann kaum davon ausgegangen werden, dass der erwartete Geburtenrückgang einen Ausweg aus der Misere darstellt. Wie wollen Sie der Jugend eine Zukunftsperspektive bieten?

- Gibt es aus ihrer Sicht für Sachsen-Anhalt noch ausbaufähige Förderinstrumentarien speziell für Jugendliche in Sachen Ausbildung, Vermittlung auf dem ersten Arbeitsmarkt, Fortbildung und Qualifizierung. Welche?
- Wie soll der gesetzlich formulierte Anspruch von Fordern und Fördern in der Praxis durchgesetzt werden? Halten Sie Sonderregelungen für Sachsen-Anhalt für notwendig, damit sich nicht nur auf das Fordern beschränkt wird?
- Ist es aus ihrer Sicht gerechtfertigt, dass Jugendlichen die Bezüge gekürzt werden, wenn sie Arbeitsgelegenheiten ablehnen? Sind Sanktionen gerechtfertigt, auch wenn gar keine Integration auf dem ersten Arbeitsmarkt möglich ist?

Arbeitslos – Wohnungslos - Hoffnungslos?

Mehr als 120 000 Menschen sind in Sachsen-Anhalt seit über einem Jahr und länger ohne Beschäftigung. Die Hartz-IV-Reform hat aus ihnen Arbeitslosengeld-II-Empfänger gemacht, aber keine neuen Arbeitsplätze geschaffen. Die Regelungen zu Hartz IV werden von den Arbeitsgemeinschaften (Arge) vor Ort sehr unterschiedlich ausgelegt. Über Höhe und Gewährung von Hilfen gibt es in den Ämtern sehr verschiedene Auffassungen. Und bei den Leistungsempfängern und ihren Familien wächst die Angst, dass sie ihre Wohnungen wegen beanstandeter zu hoher Kosten verlassen sollen. Allein in Magdeburg gibt es nach Angaben des Verbandes der Wohnungswirtschaft Sachsen-Anhalt fast 900 Fälle, wo Betroffene entweder geringere Mieten aushandeln oder in kleinere Wohnungen umziehen müssen. (Im Landkreis Bitterfeld waren zunächst die Wohnungen von 1.200 ALG-II-Empfängern als zu teuer eingestuft worden. Nach einer Änderung der Angemessenheitsgrenze waren nach Angaben des Verbandes der Wohnungswirtschaft noch 600 Menschen dort betroffen (Stand Sommer 2005). Was kann aus ihrer Sicht auf Landesebene gegen den sozialen Abstieg getan werden?

- Halten Sie Härtefallregelungen bei den Mietobergrenzen für notwendig? Was sollte getan werden, um Zwangsumzüge zu vermeiden?
- Kann durch Landesausführungsgesetze eine Gleichbehandlung der Hilfebezieher bei der Gewährung von Leistungen erreicht werden?
- Halten Sie weitere Veränderungen bei den Hartz-IV-Regelungen für nötig und möglich? Welche?
- Ist das Instrumentarium der ALG-II-Empfänger aus Ihrer Sicht so ausbaufähig, dass daraus in reguläre Jobs auf dem ersten Arbeitsmarkt vermittelt werden kann.

Thema Familie/Armut

Kinder, Kinder ...

Unicef hat festgestellt, dass seit 1990 die Kinderarmut in Deutschland stärker gestiegen ist als in den meisten anderen Industrienationen. Jedes zehnte Kind in der Bundesrepublik lebt demnach in relativer Armut. Und der Familienatlas 2005 (Prognos-Studie) konstatiert, dass in 75 Prozent der Landkreisen plus kreisfreien Städten Sachsen-Anhalts ausreichende Perspektiven für Familien fehlen. Welche Lösungsvorschläge bieten Sie an, damit wir nicht ein Land mit immer weniger Kindern werden und nicht immer mehr Menschen Sachsen-Anhalt verlassen?

- Welche materiellen, personellen und finanziellen Ressourcen und Anreize sind Sie bereit dafür zu schaffen?
- Welchen Stellenwert räumen Sie der Förderung von Anlauf- und Beratungsstellen für sozial Schwache ein? Halten Sie die bisher gewährte finanziellen Mittel für ausreichend?
- Das Landesbündnis für Familien – was bringt es aus ihrer Sicht jeder Familie konkret?
- Was wird unternommen beziehungsweise sollte unternommen werden, um den Bedarf, die Wünsche und Interessen von Familien zu erfassen?
- Sehen Sie auch die Betriebe/Unternehmen in der Verantwortung, sich auf die Bedürfnisse von Kindern/Familien einzustellen? Wollen Sie Anreize für familienfreundliche Unternehmensstrukturen und Arbeitszeiten schaffen und wenn ja, welche?
- Soll die Flexibilität in der Kinderbetreuung so weit gehen, dass Kinder bis 21 Uhr in Einrichtungen betreut werden?

Wissen macht Ah! – Auch für die Kleinsten

Sachsen-Anhalts Kindertagesstätten sollen zu Orten der Bildung entwickelt werden. Entsprechende Landesprogramme und Gesetze wurden dazu auf den Weg gebracht. Sind sie aber tatsächlich konkret umsetzbar?

- Wie sollen Fortbildung, Qualifizierung und fachliche Begleitung der Erzieherinnen seitens des Landes finanziell unterstützt werden?
- Sollten Leiterinnen und Erzieherinnen von Kindereinrichtungen künftig einen Hochschulabschluss haben?
- Sollten Kindertagesstättenplätze künftig für Eltern in Sachsen-Anhalt kostenfrei sein?
- Wie wird die Chancengleichheit aller Kinder auf Förderung gesichert?

Thema Gesundheit/Pflege/Alter

Der Doktor als Notfall – Wo bleibt die Gesundheit?

Bereits heute ist jeder dritte Hausarzt über 60 Jahre alt. Bundesweit stehen mehr als 600 Praxen leer. In den neuen Ländern wird die Situation noch durch die von vornherein geringere Bezahlung verschärft. Der Ärztemangel in Sachsen-Anhalt trifft besonders ländliche Gebiete. In einigen Regionen bekommen die Patienten schon jetzt den Mediziner-Notstand zu spüren. Und die Kosten im Gesundheitswesen steigen und steigen. Bleibt das solidarische Gesundheitswesen auf der Strecke? Welche Lösungsvorschläge bietet ihre Partei an?

- Kopfpauschale oder Bürgerversicherung - Wie können die Kosten des Gesundheitswesens auf alle Bürger gerecht verteilt werden? (Was hält ihre Partei von einer Bürgerversicherung?)
- Welche Spielräume sollen Krankenhäuser erhalten, um sich dem ambulanten Bereich zu öffnen?
- Kann der Beruf des Allgemeinmediziners attraktiver gemacht werden?
- Reicht es, mehr Mobilität bei Ärzten zu fordern?
- Bekommen Polikliniken eine neue Chance und wie?

Altwerden ist keine Krankheit

Die Bevölkerung in Deutschland wird immer älter. In den nächsten Jahrzehnten wird sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen älteren und jüngeren Menschen erheblich verschieben: Im Jahr 2050 wird nach der neuesten Bevölkerungsvorausberechnung des Statistischen Bundesamtes die Hälfte der Bevölkerung älter als 48 Jahre und ein Drittel 60 Jahre oder älter sein. Derzeit liegt der Anteil der über 60-jährigen bei 24 Prozent. In den nächsten Jahrzehnten wird die Bevölkerung weiter schrumpfen und vor allem dramatisch altern. Nicht zuletzt durch die hohe Abwanderung junger Leute ist Sachsen-Anhalt davon besonders betroffen. Das Altern erfasst in ihren Auswirkungen nahezu alle Bereiche des Lebens. Im übrigen wird eine humane Gesellschaft nicht nur daran gemessen, wie sie mit Hilfs- und Pflegebedürftigen umgeht - von großer Bedeutung ist auch die gesellschaftliche Teilhabe der alten Menschen. Mit was für Konzepten will ihre Partei auf die demografische Entwicklung reagieren?

- Für welche Reformen wollen Sie sich angesichts einer drohenden Pleite der Pflegeversicherung auf Bundesebene stark machen?
- Wie wollen Sie sich für die Sicherheit der Renten stark machen?
- Wie soll die künftige Altenpflegelandschaft aussehen, und wie wollen Sie das selbstbestimmte Wohnen im Alter unterstützen?
- Welche Konzepte haben Sie beim Stadtumbau?
- Wie sollen künftig die Ressourcen, Erkenntnisse und Erfahrungen der aus dem Berufsleben ausscheidenden Menschen genutzt werden?